

INTERNATIONALES TRIBUNAL GEGEN DAS REGIME IN DER TÜRKEI

Ort: Wolkenburg
Mauritiussteinweg 59
5000 Köln 1
Bundesrepublik Deutschland

Datum: 10. und 11. Dezember 1988

ANKLAGESCHRIFT ZUM THEMA:

Versuch der Vernichtung der politischen Opposition: Folter, Hinrichtungen, Massenprozesse, Verschwundene, Flüchtlinge in Europa und anderen Ländern, Entzug der Staatsbürgerschaft etc.

Kontaktadresse:
Koordinationskomitee
des Internationalen Tribunals
c/o R. Hasselbring
Postf. 910843
D-3000 Hannover 91
Tel: 0511-2102007

Diese Anklageschrift und deren Begründung wurden von der 2. Kommission vorbereitet.

DER PUTSCH VOM 12. SEPTEMBER WAR UND IST EIN VERSUCH DER VERNICHTUNG DER POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN OPPOSITION

An die Jury des Internationalen Tribunals,

Unsere Kommission, die den Auftrag hatte, die Haltung des Regimes gegenüber der politischen und gesellschaftlichen Opposition zu untersuchen, ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Der Putsch vom 12. September ist neben seinen anderen Zielsetzungen in erster Linie der Versuch, die politische und gesellschaftliche Opposition auszuschalten. Die dabei angewendeten Mittel und Methoden waren und sind Folter, Hinrichtungen, Massenprozesse, Massenverhaftungen, Militär- und Sondergefängnisse, Aberkennung der Staatsbürgerschaft etc. Diese Mittel und Methoden wurden im Einklang mit anderen juristischen und Verwaltungsmaßnahmen angewendet, so daß schließlich die politische und gesellschaftliche Opposition unterdrückt werden konnte.

Diese Charakteristik des Regimes des 12. September darf nicht als etwas Vorübergehendes gesehen werden. Auch zu diesem Zeitpunkt, d.h. während des Ablaufs des jetzt stattfindenden Tribunals, kann die gesellschaftliche und politische Opposition in der Türkei immer noch nicht wieder aufatmen. Die Institutionen des faschistischen Regimes und seine Gesetze lassen die politische und soziale Opposition nicht den lebensnotwendigen Atem schöpfen. Diese ist eine vom Regime bewußt vorprogrammierte Maßnahme.

DIE SPRACHE DER FAKTEN

Die Haltung des Regimes des 12. September gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Opposition möchten wir zuerst an Hand von Zahlen darlegen, obwohl uns bewußt ist, daß die Sprache der Zahlen zu trocken ist, um das sich dahinter verbergende menschliche Leid, das Leid der türkischen und kurdischen Völker, ermessen zu können.

Die schreckliche Bilanz des Regimes der Türkei wird vom Menschenrechtsverein der Türkei wie folgt in Zahlen dokumentiert:

Zahl der Festgenommenen: 650.000
Zahl der Hingerichteten: 50
Zahl der eingeleiteten Prozesse: 210.000
Zahl der Flüchtlinge: 30.000
Zahl derjenigen, denen die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde: 14.000
Zahl der Menschen, die Reise- und somit Paßverbot haben: 388.000
Zahl der Foltertode: 229
Zahl der Todesurteile, die im Parlament auf Bestätigung warten: 219
Zahl der geschlossenen Vereine und Vereinigungen: 23.667
Zahl der geschlossenen und verbotenen Zeitungen und Zeitschriften: 54
Zahl der Menschen, die durch einen entsprechenden Vermerk als "gefährlich" stigmatisiert wurden: 1.650.000

.....

Diese Zahlen sind ein handfester Beweis der Realität, so wie sie nach dem Militärputsch vom 12. September '80 in der Türkei erlebt wurde. Die Zahlen verdeutlichen den Prozeß, den die türkischen und kurdischen Völker seit 8 Jahren durchleben müssen.

Seit dem Militärputsch waren 1.650.000 Menschen den direkten Angriffen des Staates ausgesetzt. Zählt man ihre ebenfalls leidtragenden Familien dazu, so nähert sich diese Zahl der 4 Millionengrenze. Das Regime verfolgte ein einziges Ziel, als es einen Teil der Bevölkerung "zum inneren Feind" erklärte und gegen diesen Teil alle denkbaren Repressions- und Verbotsmaßnahmen traf: die Unterdrückung der gesellschaftlichen und politischen Opposition und deren Ausschaltung. Nachdem die politische und soziale Opposition des Volkes unterdrückt worden war, konnte nun die vom IWF verordnete Politik leichter durchgesetzt werden, konnten "Stabilität" und "Ordnung" wiederhergestellt werden. Die Architekten des Putsches und deren Logik-Lehrer die imperialistischen Institutionen verfolgten genau dieses Ziel.

Denn die Regierungen vor dem Militärputsch waren wegen der heftigen Reaktionen und des Kampfes der gesellschaftlichen Opposition nicht in der Lage, die ökonomische Kur des IWF, und die politisch-militärischen Forderungen der USA und NATO zu erfüllen. Die gesellschaftliche Opposition konnte mit Mitteln wie Zeitungen, Vereine, Parteien etc. ihre Forderungen zum Ausdruck bringen und ihre Stimme gegen die Regierung erheben.

Unmenschliche Methoden wie Folter, Hinrichtung, Massenverhaftungen etc., die zur Vernichtung der politischen Opposition als notwendig erachtet wurden, haben bereits am Morgen des Putsches ihre Anwendung gefunden, und zwar landesweit. Während dieses Generalangriffes des Staates wurden über 650.000 Menschen festgenommen, gefoltert und eingekerkert. Sie wurden erst nach langem Gefängnis-aufenthalt vor ein Gericht gestellt, zwar vor außergewöhnliche Gerichte.

Die Hauptmethoden dieses Vernichtungskrieges gegen die politische Opposition sind folgende:

a-) Folter:

Nach dem Putsch wurde Folter nicht nur mit dem Ziel angewandt, die Gefolterten zu Geständnissen zu zwingen, sondern in erster Linie verfolgte sie das Ziel, die Menschen zu entwürdigen, sie ihres Menschseins zu berauben und zu Zweifeln an ihren eigenen Idealen zu zwingen. Neben Folterungen an Einzelnen fehlte es nach dem Putsch an Massenfolterszenen nicht. In ländlichen Gebieten, besonders in Türkei-Kurdistan wurden die Bauern massenhaft auf dem Dorfplatz gefoltert. Seit 1980 haben insgesamt 229 Menschen durch Folterungen ihr Leben verloren.

Die Folter wird in der Türkei als eine systematische und offizielle Staatspolitik zur Unterdrückung der Opposition nach wie vor eingesetzt.

b-) Hinrichtungen:

Das Regime des 12. September hat die Hinrichtung als Angst- und Drohmittel eingesetzt. Gleich nach der Machtübernahme begnügten sich die Militärs nicht etwa nur mit der in der Bevölkerung durch Erschießen auf den Straßen und Bergen erzeugten Angst und Panik, darüberhinaus fingen sie sofort mit dem Vollzug von Todesstrafen an. Die erste Hinrichtung wurde bereits 20 Tage nach dem Putsch vollzogen.

c-) Festnahmen, Massenverhaftungen und Gefängnisse:

Die Periode nach dem 12. September ist eine Periode von Massenfestnahmen und -verhaftungen. Schon am Morgen des Putsches wurden hunderte von Menschen festgenommen und mißhandelt. Die vorhandenen Gefängnisse reichten nicht aus, sie wurden in Sportsälen und Stadien eingekerkert. Die Generäle haben durch eine Gesetzesänderung die Dauer der Untersuchungshaft, d.h. der Folter bei der Polizei, auf 90 Tage verlängert. So schufen sie die gesetzliche Grundlage dafür, daß die Zeit für Folter eines jeden Einzelnen reichte. Tausende von Menschen haben über 90 Tage die schlimmsten Foltermethoden erfahren.

Während ein Teil der Untersuchungshäftlinge später freigelassen wurde, wurde die Mehrheit nach der ersten gerichtlichen Vorführung verhaftet. Die Urteile wurden in Militärprozessen ausgesprochen, die Festgenommenen wurden in Militärgefängnisse transportiert. Die Urteile der Militärgerichte, basieren auch heute noch auf Aussagen, die unter Folter erpreßt wurden. Tausende von Menschen haben die unmenschliche Situation in Militärgefängnissen erlebt, einige tausend müssen sie auch heute noch täglich erfahren.

Die Gefängnisse in der Türkei sind ein Spiegel des Regimes. Menschen verschiedenster Berufe, die wegen ihrer politischen Anschauung für "schuldig" erklärt wurden, und die Gefängnisse füllten und füllen, erlebten und erleben tagtäglich unbegreifliche Repressionen in den Gefängnissen. Die Folterungen, die auf Sicherheitspräsidien von Polizisten bei sogenannten Verhören angewandt werden, setzen die Militärs in Gefängnissen ohne Unterbrechung fort. Nur die Kleidung der Folterer hat sich geändert.

Das Regime des 12. September führte 1981 in Militär- und Spezialgefängnissen einen sogenannten "Tretman-Plan" ein. Im wesentlichen zielte dieser Plan darauf, die Gefangenen dazu zu zwingen, ihren Idealen abzuschwören. Entsprechend diesem Plan sind die Gefangenen 24 Stunden am Tag verschiedensten Arten der ideologischen Gehirnwäsche und physischer Angriffe ausgesetzt. So will man die Entmenschlichung oder mit anderen Worten Zerstörung der Persönlichkeit der Gefangenen erreichen. Diese Maßnahme wird auch heute noch unter dem Namen "Zivilisierung" angewandt.

Ein Teil der nach dem Militärputsch festgenommenen Personen wurden einzeln oder in Gruppen von jeweils 3-4 Personen angeklagt. Tausende von Menschen aber wurden in Massenprozessen angeklagt und werden noch weiterhin angeklagt. Ein Teil dieser Massenprozesse dauert nach wie vor an. Es gibt Prozesse, in denen 1280 Menschen zusammen angeklagt werden. All diese Massenprozesse werden vor Militärgerichten geführt. Nach der Verfassung der Generäle dürfte es keine Militärgerichte mehr nach Aufhebung des Kriegsrechts geben. Aber trotz dieser Bestimmung existieren Militärgerichte nach wie vor. Die Urteile dieser Gerichte sind faktisch illegal und dürfen nicht als legitim betrachtet werden.

d-) Aberkennung der Staatsbürgerschaft:

Eine andere Maßnahme der Putschisten und der Verteidiger des Putsches richtete sich gegen Flüchtlinge im Ausland. Denjenigen Arbeitern und Intellektuellen, die im Ausland leben und gegen den Putsch protestierten, wurde die Staatsbürgerschaft genommen. Die Generäle und die Özal-Regierung haben insgesamt über 14.000 Menschen der Staatsbürgerschaft beraubt, um eine lautstarke Opposition im Ausland zu unterdrücken. Vielen Arbeitnehmern wurden darüberhinaus die Pässe entzogen.

Wegen der Repressionen und der politischen Verfolgung in der Türkei mußten über 30.000 Menschen das Land verlassen. Diese Menschen möchten wieder in ihre Heimat zurückkehren. Aber angesichts der noch bestehenden Gesetze und Maßnahmen ist dies unmöglich.

Schlußbemerkung und unsere Forderungen:

Selbst diese sehr knapp gehaltenen Informationen müssen als ausreichend empfunden werden, um das Regime in der Türkei zu verurteilen. Das Regime des 12. September ist wegen seinen Maßnahmen, die die ganze Gesellschaft unter Verboten und Unterdrückung zu leben zwingt, und wegen der materiell und psychisch an 4 Millionen Menschen angerichteten Schäden vor den Augen der Menschheit schuldig. Ein solches Regime kann und darf im Angesicht allgemein gültiger Menschenrechte nicht als legitim betrachtet werden. Dieses Regime muß verurteilt und alle seine politischen und juristischen Maßnahmen revidiert werden.

Wir fordern die Jurymitglieder auf, sich sofort für die Freiheit aller politischen Gefangenen einzusetzen und langfristig mit uns für eine Revidierung des Regimes mit allen seinen Folgen zu kämpfen.